

MLP Gesundheitsreport 2019

Krankenhausärzte unter massivem Druck – Reformen im Gesundheitswesen verpuffen

Den Status quo der Gesundheitsversorgung bewertet eine deutliche Mehrheit von Ärzten und Bürgern zwar weiterhin positiv, aber:

- 62 Prozent der Bürger klagen über lange Wartezeiten und 34 Prozent über vorenthaltene Leistungen aus Kostengründen – 63 Prozent der Ärzte bemängeln Termintreue ihrer Patienten
- Zugespitzte Lage in Krankenhäusern: 61 Prozent der Klinikärzte beklagen fehlende Zeit für Patienten (2016: 50 Prozent) 75 Prozent berichten von häufig nicht akuten Fällen in der Notaufnahme
- Deutliche Ärztemehrheit (59 Prozent) erwartet Verschlechterung der Gesundheitsversorgung – Bevölkerung befürchtet insbesondere Zwei-Klassen-Medizin und steigende Kassenbeiträge
- Jüngste Reformmaßnahmen rufen vielfach Ernüchterung bei Bürgern und Ärzten hervor – 35 Prozent bzw. 67 Prozent stellen der Politik insgesamt ein schlechtes Zeugnis aus
- Bürger zunehmend offen für Telemedizin, doch nur jeder zehnte Arzt bietet eine Videosprechstunde an oder plant dies

Wiesloch, 9. Oktober 2019 – Mit geschätzten 387 Milliarden Euro vermeldete das Statistische Bundesamt für 2018 einen neuen Höchstwert der Gesundheitsausgaben in Deutschland. Bereits im Jahr zuvor wurde die Marke von einer Milliarde Euro pro Tag erstmals überschritten. Vor diesem Hintergrund nehmen Bevölkerung und Ärzte die Gesundheitsversorgung in Deutschland immer noch als sehr leistungsfähig wahr und viele Bürger ha-

Seite 1 von 9

Kontakt

Frank Heinemann

Tel +49 (0) 6222 • 308 • 3513 Fax +49 (0) 6222 • 308 • 1131 frank.heinemann@mlp.de

MLP SE Alte Heerstraße 40 69168 Wiesloch

www.mlp-se.de http://twitter.com/MLP_SE



ben in den vergangenen Jahren nochmals bessere Erfahrungen gemacht. Vielfach bemängelt werden aber weiterhin lange Wartezeiten beim Arzt und vorenthaltene Leistungen aus Kostengründen. In den Krankenhäusern spitzt sich die Lage weiter zu: Hauptproblem hier ist Zeitmangel aufgrund der schwierigen Personalsituation und vieler "Nicht-Notfälle" in der Notaufnahme. Der 2016 noch verbesserte Eindruck der Bürger von der Gesundheitspolitik hat sich inzwischen wieder gedreht; bei den Ärzten zeigt sich nun sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit unzufrieden. Dabei hat die Politik in den letzten Jahren zahlreiche Reformmaßnahmen auf den Weg gebracht doch mit einer Reihe davon sind die Bürger und Ärzte nicht zufrieden. Verstärkt hat sich zudem der Ärztemangel – dieser wird für Ärzte und Bevölkerung insbesondere in Ostdeutschland immer sichtbarer. Weiterhin erwartet eine deutliche Ärztemehrheit eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung. Die Bevölkerung befürchtet für die Zukunft vor allem eine Zwei-Klassen-Medizin und steigende Beiträge. Zu diesen Kernergebnissen kommt der 10. MLP Gesundheitsreport. Die repräsentative Bevölkerungs- und Ärztebefragung im Auftrag des Finanzdienstleisters MLP hat das Institut für Demoskopie Allensbach erstellt.

9. Oktober 2019

Seite 2 von 9

Weiterhin Klagen über lange Wartezeiten und vorenthaltene Leistungen Insgesamt beurteilen die meisten Bürger und Ärzte die Gesundheitsversorgung in Deutschland noch als gut oder sehr gut (77 Prozent bzw. 89 Prozent). 20 Prozent der Bürger geben an, in den vergangenen Jahren nochmals bessere Erfahrungen gemacht zu haben. Mit 62 Prozent sind in der Bevölkerung aber auch weiter gestiegene Klagen über lange Wartezeiten zu vernehmen (2012: 52 Prozent, 2016: 55 Prozent). Überproportional betroffen



zeigen sich hier gesetzlich Krankenversicherte (65 Prozent). Außerdem hatte weiterhin rund ein Drittel der Bürger (34 Prozent) das Gefühl, dass ihm medizinische Leistungen aus Kostengründen vorenthalten wurden (2012: 31 Prozent, 2016: 40 Prozent). Fast jeder zweite Arzt (45 Prozent) bestätigt, dass dies bei ihm bereits vorgekommen sei (2016: 44 Prozent). Noch verbreiteter sind Verschiebungen von Behandlungen aus Kostengründen: 64 Prozent der Ärzte sahen sich dazu bereits gezwungen – vor drei Jahren geschah dies noch seltener (2016: 57 Prozent). Entsprechend fallen die Sorgen der Ärzte um ihre Therapiefreiheit mit 62 Prozent weiterhin hoch aus (2016: 61 Prozent), insbesondere bei Hausärzten (66 Prozent).

Seite 3 von 9 9. Oktober 2019

Dass Patienten Terminvereinbarungen vielfach nicht einhalten, berichtet eine deutliche Mehrheit von 63 Prozent der Ärzte – 35 Prozent haben dies sogar häufig erlebt. Die Bevölkerung hingegen sieht sich wesentlich termintreuer: Lediglich 19 Prozent räumen ein, bereits einen Arzttermin ohne vorherige Absage verpasst zu haben. Eine größere Termintreue könnte vor allem bei Fachärzten für Entlastung sorgen: Jedem Fünften fällt es schwer, Termine innerhalb von vier Wochen anzubieten.

Lage in Krankenhäusern spitzt sich zu

In den Krankenhäusern zeichnet sich eine Reihe von Verschlechterungen ab. Mit 61 Prozent klagt eine deutlich gestiegene Mehrheit der Krankenhausärzte über fehlende Zeit für ihre Patienten (2016: 50 Prozent). Besonders betroffen sehen sich Assistenzärzte (67 Prozent). Rund die Hälfte der befragten Krankenhausärzte gibt an, auch mehr Patienten versorgen zu müssen. Der Personalengpass im Krankenhaus wird neben dem Ärztemangel auch an



anderer Stelle befeuert: Die Besetzung offener Stellen mit Krankenschwestern oder -pflegern wird immer schwieriger – das bescheinigen mit 84 Prozent nochmals deutlich mehr Krankenhausärzte als vor drei Jahren (2016: 72 Prozent).

Seite 4 von 9 9. Oktober 2019

Die strukturellen Probleme zeichnen sich zunehmend auch in der wahrgenommenen Qualität der Versorgung in deutschen Krankenhäusern ab: Sie sei weniger oder gar nicht gut, urteilt inzwischen rund jeder fünfte Krankenhausarzt – 2016 war es nur knapp jeder zehnte. Für die jüngsten Reformmaßnahmen zur Steigerung der Qualität in Krankenhäusern sind mehr als 6 Milliarden Euro bis 2020 veranschlagt – gleichwohl gibt es deutlich mehr Krankenhausärzte, die die Reformmaßnahmen für wirkungslos halten (47 Prozent), als solche, die positive Auswirkungen wahrnehmen (37 Prozent). Weiterhin dominieren aus Sicht von drei Vierteln der Krankenhausärzte wirtschaftliche Aspekte das medizinisch Sinnvolle (2016: 77 Prozent).

Problematisch sind weiterhin die überfüllten Notaufnahmen: Von den befragten Krankenhausärzten hatten 75 Prozent häufig mit "Notfällen" zu tun, die keine seien. Immerhin halten 64 Prozent dieses Problem aber auch für lösbar: 29 Prozent dieser Krankenhausärzte plädieren dafür, Gebühren von Patienten zu erheben, die ohne tatsächliche Dringlichkeit die Notaufnahme aufsuchen. Im Durchschnitt sehen die Befragten hier einen Betrag von 30 Euro pro Fall. Weitere 33 Prozent sind davon überzeugt, dass eine verbesserte Notfallversorgung auf Seiten der Niedergelassenen zu einer deutlichen Entlastung der Krankenhäuser führen würde.



Ärztemangel verschärft sich – besonders im Osten

Seite 5 von 9 9. Oktober 2019

Die Bevölkerung nimmt den Ärztemangel bereits deutlich wahr oder rechnet damit – im Osten (64 Prozent) nochmals stärker als im Westen (40 Prozent). 2016 war das Problem noch weniger präsent. Niedergelassene Ärzte erkennen ebenfalls eine Verschärfung des Ärztemangels: Vor drei Jahren sahen 60 Prozent diesen in der eigenen Region oder rechneten damit, 2019 ist der Wert auf 71 Prozent gestiegen.

Einen Nachfolger für die eigene Praxis zu finden, halten mit rund zwei Dritteln nochmals mehr Niedergelassene für schwierig oder sehr schwierig als noch vor drei Jahren (2016: 57 Prozent). Nur für ein gutes Drittel der Krankenhausärzte käme die Niederlassung infrage. Als Gründe dagegen führen die Ärzte insbesondere ihren Gesundheitszustand (17 Prozent), die eigene Fachrichtung (15 Prozent) und das finanzielle Risiko (10 Prozent) an. Für 69 Prozent der niedergelassenen Ärzte ist es zudem schwierig, geeignetes Personal für ihre Praxis zu finden (2016: 59 Prozent). Laut Arbeitsagentur ist rund jede zehnte Ausbildungsstelle für Arzt- und Praxishilfen unbesetzt.

Verschiedene Maßnahmen könnten helfen, die flächendeckende Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen. Finanzielle Anreize für Gemeinschaftspraxen im ländlichen Raum befürworten 88 Prozent der Ärzte. Zudem halten es
81 Prozent für sinnvoll, in strukturschwachen Regionen verstärkt medizinische Versorgungszentren zu gründen. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Zentren hängt maßgeblich auch von differenzierten Daten und Analysen bei der
Planung ab – davon ist eine große Mehrheit der Ärzte überzeugt (81 Prozent).



Seite 6 von 9 9. Oktober 2019

Pessimistische Zukunftserwartungen – Bevölkerung rechnet mit steigenden Beiträgen und Zwei-Klassen-Medizin

Für die kommenden zehn Jahre gehen Ärzte weiterhin von einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung aus (59 Prozent, 2016: 62 Prozent). In der Bevölkerung erwarten 30 Prozent pauschal eine Verschlechterung. Zugleich rechnet eine breite Mehrheit weiterhin mit einer Zwei-Klassen-Medizin (60 Prozent, 2016: 67 Prozent) und steigenden Kassenbeiträgen (72 Prozent, 2016: 81 Prozent). Ärzte befürchten insbesondere Versorgungsschwierigkeiten im ländlichen Raum (90 Prozent) und nochmals weniger Zeit für die Behandlung ihrer Patienten (85 Prozent). Zudem gehen drei Viertel davon aus, dass sie in Zukunft nicht mehr alle medizinisch notwendigen Leistungen verordnen können.

Unzufriedenheit mit einer Reihe der jüngsten Reformmaßnahmen

Für Ernüchterung sorgen vor allem die in den letzten drei Jahren umgesetzten Reformmaßnahmen – eine Reihe davon verpufft nach Ansicht vieler Bürger und Ärzte. In der Kritik stehen etwa die Maßnahmen für eine schnellere Terminvergabe – 57 Prozent der Bürger erwarten hier keine spürbaren Verbesserungen. 2016 hielten sie die Terminvergabestelle noch für eine gute Maßnahme (58 Prozent). Auch die Einführung einer Hausarztprämie stößt auf Skepsis: Etwas mehr als ein Drittel der Bürger lehnt diese ab, Ärzte hingegen befürworten diese Maßnahme (63 Prozent). Letztere kritisieren allerdings die Erweiterung der Sprechstunde auf 25 Wochenstunden (62 Prozent). Auch die kürzlich festgelegten Personaluntergrenzen für Krankenhäuser stoßen auf Ablehnung – nur 12 Prozent der Krankenhausärzte halten



eine Umsetzung für möglich. Andere Reformvorschläge werden von den Ärzten aber auch geschätzt, etwa dass zukünftig jeder automatisch potenzieller Organspender ist, wenn er nicht widerspricht (62 Prozent).

Seite 7 von 9 9. Oktober 2019

Eine umfassende Reform des Gesundheitswesens vermissen 46 Prozent der Bürger und 70 Prozent der Ärzte. Eine sehr große Mehrheit der Ärzte zeigt sich zugleich skeptisch, dass diese noch kommen wird (75 Prozent). "Die Politik ist gefordert, strukturelle Verbesserungen anzugehen. Ein Herumdoktern an einzelnen Schwachstellen im System reicht nicht mehr, um unser Gesundheitswesen zukunftsfest zu machen – das zeigt unsere Studie sehr deutlich", sagt Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Vorstandsvorsitzender von MLP.

Digitalisierung erst am Anfang – Ärzte sehen Politik in der Bringschuld Von der fortschreitenden Digitalisierung versprechen sich die Ärzte insbesondere Lösungsansätze für den wachsenden bürokratischen Aufwand, den 80 Prozent als das größte Problem in ihrer Tätigkeit sehen. Die Politik müsse im Bereich Digitalisierung mehr tun (58 Prozent). Bei den unter 45-jährigen Ärzten denken sogar mehr als zwei Drittel so.

53 Prozent der Ärzte rechnen damit, dass die Digitalisierung die Medizin grundlegend ändern wird – für 4 Prozent ist dies sogar schon geschehen. Den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) bewertet knapp die Hälfte als Chance, 38 Prozent sehen eher Risiken. KI könne die ärztliche Expertise aber auch nicht ersetzen: 83 Prozent sehen die entscheidende Rolle in der Gesundheitsversorgung zukünftig weiter bei menschlichen Ärzten.



Bürger zunehmend offen für Telemedizin, aber nur wenige Mediziner planen Angebote

Seite 8 von 9 9. Oktober 2019

Telemedizin käme für die Bevölkerung zunehmend infrage (2019: 33 Prozent, 2016: 22 Prozent) – bei den unter 30-Jährigen sogar für etwas mehr als die Hälfte. Mediziner rechnen auch immer mehr mit entsprechenden Angeboten in den nächsten zehn Jahren (89 Prozent), bei den Bürgern sind es noch deutlich weniger (48 Prozent). Die Ärzte sehen in der Telemedizin eine Antwort auf den Ärztemangel (57 Prozent) und bescheinigen ihr generell mehr Vorteile (58 Prozent) als Nachteile (30 Prozent).

Momentan bieten aber kaum Krankenhausärzte (4 Prozent) und noch weniger Niedergelassene (2 Prozent) telemedizinische Angebote an und planen dies auch nicht (86 Prozent bzw. 88 Prozent). Die Gründe hierfür liegen vor allem in der erwarteten eigenen Kostenbelastung (48 Prozent) und dem steigenden Verwaltungsaufwand (74 Prozent). Zudem zweifeln die Ärzte daran, ob der Datenschutz der Patienten ausreichend gewährleistet ist (63 Prozent).

Über den MLP Gesundheitsreport

Der MLP Gesundheitsreport erscheint bereits zum zehnten Mal. Für die repräsentative Umfrage hat das Institut für Demoskopie Allensbach mehr als 1.200 Bundesbürger und über 500 Ärzte befragt. Weitere Informationen, Schaubilder sowie den Report zum Download finden sich unter www.mlp-gesundheitsreport.de.



Über MLP:

Die MLP Gruppe ist der Partner in allen Finanzfragen – für private Kunden genauso wie für Firmen und institutionelle Investoren. Mit fünf Marken, die in ihren Märkten jeweils führende Positionen einnehmen, bieten wir ein breites Leistungsspektrum:

- MLP: Gesprächspartner in allen Finanzfragen
- FERI: Investmenthaus für institutionelle Investoren und große Privatvermögen
- DOMCURA: Assekuradeur mit Fokus auf privaten und gewerblichen Sachversicherungen
- TPC: Spezialist im betrieblichen Vorsorgemanagement für Unternehmen
- DEUTSCHLAND.Immobilien: Marktplatz für Anlageimmobilien

Ausgangspunkt in allen Bereichen sind die Vorstellungen unserer Kunden. Darauf aufbauend stellen wir ihnen ihre Optionen nachvollziehbar dar, so dass sie selbst die passenden Finanzentscheidungen treffen können. Bei der Umsetzung greifen wir auf die Angebote aller relevanten Produktanbieter zurück. Grundlage sind wissenschaftlich fundierte Marktund Produktanalysen. Manfred Lautenschläger und Eicke Marschollek haben MLP 1971 gegründet. Bei MLP sind mehr als 1.900 selbstständige Kundenberater und gut 1.700 Mitarbeiter tätig.

Seite 9 von 9 9. Oktober 2019